

Niederschrift

über die Sitzung am Donnerstag, 24.09.2009 im Kreishaus Borken

Anwesend:

Vorsitz:

Landrat Gerd Wiesmann

Mitglieder:

Hartmut Ahold	Bocholt	
Eckart Ballenthin	Stadtlohn	
Bernd Bense	Schöppingen	
Hubert Bestert	Südlohn	
Barbara Büscher	Stadtlohn	
Karlheinz Busen	Gronau	
Heidi Buskase	Gronau	
Roman Cebaus	Stadtlohn	
Angelika Dannenbaum	Ahaus	ab TOP 1, 16:15 Uhr
Martin Dirking	Velen	
Dietmar Eisele	Ahaus	
Manfred Epping	Schöppingen	ab TOP 3, 17:25 Uhr
Hans-Georg Fischer	Ahaus	
Sven Gabbe	Gronau	
Magdalene Garvert	Rhede	
Veronika Giesing	Isselburg	
Hermann Horstick	Gescher	
Hans Hund	Bocholt	ab TOP 2 tlw., 17:00 Uhr
Markus Jasper	Heek	
Irmgard Kerkhoff	Rhede	
Johannes Kisfeld	Stadtlohn	
Anne König	Borken	
Bernhard Krasenbrink	Bocholt	
Berthold Langehaneberg	Legden	
Paul Lensing	Borken	ab TOP 2, 16:20 Uhr
Elisabeth Lindenhahn	Raesfeld	
Gerhard Ludwig	Borken	
Johannes Maus	Velen	
Klaus Meyermann	Bocholt	
Gerda-Marie Möller	Reken	
Josef Osterhues	Ahaus	
Hans Theo Peschkes	Bocholt	
Dorothee Pieper	Gronau	
Stephanie Pohl	Gescher	
Uta Röhrmann	Bocholt	
Maja Saatkamp	Borken	

Bernd Schlipfing	Vreden
Werner Schnappenberger	Borken
Bernd Schöning	Stadtlohn
Markus Schulte	Gronau
Ursula Schulte	Vreden
Friedel Sebastian	Raesfeld
Barbara Seidensticker-Beining	Südlohn
Gertrud Söbbing-Krumkamp	Ahaus
Silke Sommers	Bocholt
Jens Steiner	Heek
Wilhelm Stilkenbäumer	Reken
Gerti Tanjsek	Bocholt
Gerhard Temminghoff	Vreden
Richard Temminghoff	Raesfeld
Heinz-Josef Tönnies	Heiden
Bernhard Völkering	Gronau
Gabriele Wahle	Ahaus
Heinrich Weddeling	Südlohn
Friedhelm Weikamp	Rhede
Gertrud Welper	Vreden
Ursula Zurhausen	Borken

Es fehlen entschuldigt:

Heinz Gerwens	Borken
Rudolf-Josef Schmitz	Heek
Holger Weiß	Bocholt

Vertreter/innen der Verwaltung:

Kreisdirektor Werner Haßenkamp
Ltd. Kreisrechtsdirektor Dr. Hermann Paßlick
Ltd. Kreisbaudirektor Hubert Grothues
Wilfried Kersting
Sofia Arnold
Ramona Bülsing

Gäste:

Dr. Elisabeth Schwenzow, Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Kreis Borken mbH

Erledigung der Tagesordnung:

Landrat Gerd Wiesmann eröffnet um 16:10 Uhr die Sitzung und begrüßt die Erschienenen.

Er stellt fest, dass ordnungsgemäß geladen wurde und der Kreistag beschlussfähig ist.

Landrat Gerd Wiesmann stellt Einvernehmen fest, die Tagesordnung der heutigen Sitzung wegen der Unaufschiebbarkeit der Entscheidung zum einen auf Antrag der SPD-Fraktion um den Punkt 11 „Erdverkabelung im Kreis Borken“ und zum anderen im nicht-öffentlichen Teil um den Punkt 14 „Ausschreibung von SGB II-Eingliederungsmaßnahmen nach VOL/A“ zu erweitern. Die nachfolgenden Tagesordnungspunkte verschieben sich je entsprechend.

Einwendungen gegen die Tagesordnung sowie die Niederschrift der letzten Sitzung werden nicht erhoben.

A. Öffentlicher Teil

Punkt 1: Einwohnerfragestunde

Landrat Gerd Wiesmann berichtet, heute sei eine Einwohnerfrage von Frau Thea Giesing aus Bocholt eingegangen. Es gehe um Belästigungen aufgrund des Busverkehrs zur Gebrüder-Grimm-Schule in Bocholt-Liedern. Da Frau Giesing heute nicht in der Sitzung anwesend sei, erhalte sie eine schriftliche Antwort. Dies sei auch mit ihr abgesprochen.

Darüber hinaus liege eine zweite Einwohnerfrage zu einer möglichen Störung der öffentlichen Ordnung in Vreden vor. Hierbei handele es sich allerdings nicht um eine Kreisangelegenheit. Absprachegemäß werde die Frage auch hier schriftlich beantwortet.

Punkt 2: Feststellung des Jahresabschlusses des Kreises Borken zum 31.12.2006 und Entlastung des Landrats

- **Vorlage: 0213/2009**
 - **SPD-Antrag vom 17.09.2009**
Vorlage: 0225/2009
-

Berichterstatter/in: Kreistagsabgeordneter Friedhelm Weikamp als Vorsitzender des Rechnungsprüfungsausschusses
Kreistagsabgeordneter Gerhard Ludwig

Landrat Gerd Wiesmann übergibt die Sitzungsleitung an die erste stellvertretende Landrätin Gabriele Wahle.

Kreistagsabgeordneter Weikamp erläutert, er schließe sich dem Prüfungsbericht der Revision an und empfehle dem Kreistag, dem Beschlussvorschlag der Sitzungsvorlage Nr. 0213/2009 zu folgen. Er danke Herrn Alfert und seinem Team für die gute Arbeit.

Kreistagsabgeordnete Schulte, U., erklärt, immerhin liege der Prüfungsbericht zum Jahresabschluss 2006 nun vor. Für das schleppende Vorgehen würden als Gründe die neue Rechtslage und die noch unausgereifte Buchungssoftware vorgebracht. Ursächlich seien daneben wohl auch Personalmangel und fehlende Kompetenz in der Kämmerei. Die Politik hätte spätestens eingebunden werden müssen, als die 37.000 unklaren Buchungen bekannt gewesen seien. Stattdessen sei hingehalten und beschwichtigt worden. Der Jahresfehlbetrag solle der Ausgleichsrücklage entnommen werden. Da deren aktuelle Höhe derzeit nicht feststehe und nur ein eingeschränkter Prüfungsvermerk vorliege, könne ihre Fraktion den Land-

rat nicht entlasten. Daher beantrage sie, über die drei Punkte des Beschlussvorschlags getrennt abzustimmen.

Kreistagsabgeordneter Eisele teilt mit, die Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN kritisiere ebenfalls die zu späte Einbindung der Politik und die weiterhin hohen unklaren Summen. Einen solchen Abschluss sollte, könne und dürfe man nicht vorlegen. Er schließe sich dem Antrag zur getrennten Abstimmung an. Dabei werde seine Fraktion dem ersten Punkt des Beschlussvorschlags zustimmen, die Entlastung des Landrats aber im zweiten Punkt ablehnen und sich beim dritten Punkt enthalten.

Kreistagsabgeordneter Ahold merkt an, das Ergebnis sei besser als nach dem seinerzeitigen Haushaltsplan vorgesehen. Das Eigenkapital werde auf 27,5 Mio. EUR verringert und die Ausgleichsrücklage sei nun mit 9,2 Mio. EUR auszuweisen. Insgesamt ergebe sich ein neu auszuweisendes Eigenkapital von 25,1 Mio. EUR. Künftig sei aufgrund steigender Belastungen in den Budgets Soziales sowie Jugend und Familie und im Bereich der künftigen fälligen Pensionsansprüche mit einer steigenden Kreisumlage zu rechnen. Die Neubewertung der verbundenen Unternehmen und Beteiligungen liege noch nicht vor. Die Buchhaltung sei nicht in allen Punkten nachvollziehbar und der Bestätigungsvermerk sei deshalb eingeschränkt worden. Die CDU-Fraktion stimme dennoch allen Punkten des Beschlussvorschlags zu. Dank gebühre allen Vertretern der Verwaltung, die sich im Rechnungsprüfungsausschuss intensiv eingesetzt hätten.

Kreistagsabgeordneter Schnappenberger legt dar, das Land NRW habe im Bewusstsein eines Prozesses, der immer wieder Nachbesserungen erforderlich mache, Zeittoleranzen gewährt. Diese seien hier nirgendwo überschritten worden, so dass er zustimmen werde.

Kreisdirektor Werner Haßenkamp führt aus, der Vorwurf der mangelnden Fachlichkeit könne so nicht stehen bleiben. Es habe Grundlagenarbeit geleistet werden müssen, die mit nur geringen Vorgaben des Landes nicht fehlerfrei habe geschehen können. Mehrfach hätten auch Einschätzungen getroffen werden müssen, die im Nachhinein zu ändern gewesen seien. Die Funktion der Software sei keinesfalls eine Nebensache, sondern ein wirkliches Problem. Er habe auch nicht hingehalten oder beschwichtigt. Die nicht aufgeklärte Summe von 350.000 EUR würde entsprechend dem Wesentlichkeitsgrundsatz nicht im Einzelnen aufgeklärt, sondern löse sich innerhalb der nächsten 2 Jahre auf. Der Fehlbetrag von 2,3 Mio. EUR resultiere zur Hälfte allein aus der Bildung bzw. Auflösung von Sonderposten hinsichtlich der Umstufung von Bundes-, Landes-, Kreis- und Gemeindestraßen. Die aufwendige Rechnungsabgrenzung im Rahmen der Doppik zwischen den Jahren 2005 und 2006 sei eine weitere wesentliche Ursache. Im Rechnungsprüfungsausschuss sei bereits deutlich geworden, dass die Höhe der Wertberichtigung noch völlig spekulativ sei. Das Gutachten zu den verbundenen Unternehmen liege im Entwurf vor. Hier bestehe allerdings noch Klärungsbedarf mit dem Land NRW. Dies habe zur Frage, wie hiermit in der Konzernbilanz umzugehen sei, eine Antwort in Aussicht gestellt. Die jetzige Situation sei wegen der Schwierigkeiten mit Bauchschmerzen zu vertreten. Nun gelte es, möglichst schnell die Jahresabschlüsse 2007 und 2008 zu erarbeiten. Das Buchungsproblem sei ab dem Haushaltsjahr 2009 behoben. Der Kreis Borken habe immer den Anspruch gehabt bei Neuerungen mitzuentwickeln. Es sei von Anfang an darauf hingewiesen worden, dass bei der Umstellung auf das NKF Probleme auftreten würden.

1. Stv. Landrätin Gabriele Wahle lässt sodann über die drei Punkte des Beschlussvorschlags der **Sitzungsvorlage Nr. 0213/2009** getrennt abstimmen:

Beschluss zu Punkt 1: einstimmig

Der Jahresabschluss des Kreises Borken zum 31.12.2006 wird in der vom RPA in seiner Sitzung am 07.09.2009 testierten Fassung mit einer Bilanzsumme von 395.583.502,65 € und einem Jahresfehlbetrag von 2.361.225,40 € festgestellt.

Beschluss zu Punkt 2: 37 Ja-Stimmen
17 Nein-Stimmen
1 Enthaltung

Dem Landrat wird für den Jahresabschluss 2006 gemäß § 96 Abs. 1 GO NRW Entlastung erteilt.

Beschluss zu Punkt 3: einstimmig bei 4 Enthaltungen

Der Jahresfehlbetrag 2006 in Höhe von 2.361.225,40 € wird durch Verringerung der Ausgleichsrücklage ausgeglichen (§ 96 Abs. 1 GO NRW).

Kreistagsabgeordneter Ludwig führt zum Antrag der SPD-Fraktion vom 17.09.2009 aus, ein verantwortlicher Beschluss zum Haushalt 2010 sei wegen der fehlenden Kenntnis über die Höhe des Eigenkapitals und der Ausgleichsrücklage schwierig. Zumindest der ungefähre Vermögensstand müsse bekannt sein. Daher sollten Tendenzen über die Entwicklung dargelegt werden, auch wenn ein genaues Ergebnis noch nicht genannt werden könnte.

Kreistagsabgeordneter Tönnies teilt mit, die CDU-Fraktion werde den Antrag ablehnen. Der 3. Controllingbericht 2009 werde bereits einen IST-Zustand zum 31.10.2009 liefern. Eine darüber hinaus gehende, doppelte Ermittlung wie vorgeschlagen mache keinen Sinn.

Kreisdirektor Werner Haßenkamp erläutert, soweit der Antrag auf das laufende Buchungsgeschäft ziele, sei eine Darstellung im Rahmen eines Controllingberichts für die Kreisauseuschusssitzung am 14.01.2010 möglich. Auch die Darstellung des Vermögens könne durchaus vorgenommen werden. Dies würde aber bedeuten, dass die Arbeiten für die endgültigen Jahresabschlüsse 2007 und 2008 dann zunächst wieder zurückgestellt werden müssten. Besser als wieder nur vorläufige Ergebnisse zu präsentieren, sei es, die gesammelten, auch externen Kräfte auf die endgültigen Jahresabschlüsse zu konzentrieren. So sei es vielleicht möglich, den Jahresabschluss 2007 noch vor der Verabschiedung des Haushalts 2010 vorzulegen. Für den Jahresabschluss 2008 sei dies aber nicht leistbar.

Kreistagsabgeordneter Steiner sagt, er könne sowohl das Anliegen von Kreisdirektor Werner Haßenkamp, als auch den Wunsch nach konkreten Zahlen nachvollziehen. Er fragt, wie wahrscheinlich der Jahresabschluss 2007 vor Verabschiedung des Haushalts 2010 vorliege, ob das Anliegen der SPD-Fraktion bis zum genannten Termin, 12.11.2009, geleistet werden könnte und wie teuer die externe Begleitung bei der Erstellung der Jahresabschlüsse sei. Hierüber sei im übrigen nicht im Kreistag informiert worden.

Kreistagsabgeordnete Schulte, U., interessiere ebenfalls die Kosten für die externe Beratung. Darüber hinaus wisse sie von anderen Kreisen, dass diese die Kreisumlage erhöhen müssten. Um eine solche Entscheidung gegebenenfalls verantwortungsbewusst gegenüber den Bürgermeistern mittragen zu können, seien konkrete Zahlen notwendig. Sie bedaure, dass die CDU-Fraktion den Antrag nicht unterstütze.

Kreistagsabgeordneter Temminghoff, R., spricht sich für eine gründliche Ermittlung der Jahresabschlüsse 2007 und 2008 aus. Vorläufige Zahlen würden nicht weiterhelfen.

Kreisdirektor Werner Haßenkamp unterstreicht, eine letzte Klarheit könne vor der Haushaltsverabschiedung 2010 nicht gegeben werden. So könne die Höhe der Ausgleichsrücklage erst definiert werden, nachdem die Jahresabschlüsse 2007 und 2008 vorlägen. Hierzu seien aber sehr umfangreiche Schritte notwendig. Alle arbeiteten daran, die Zahlen für 2007 vor

Landrat Gerd Wiesmann entgegnet, die Vorgehensweise sei rechtlich in Ordnung. Der Vorwurf der Intransparenz sei konstruiert und unberechtigt. Der Ältestenrat sei in erster Linie dazu da, Verfahren abzustimmen. Dies sei hier auch erfolgt.

Kreistagsabgeordneter Weddeling legt dar, in der vorangegangenen Sitzung des Ältestenrats sei die Vakanz der Stelle des Kämmerers allen bewusst gewesen. Mit wem sie künftig besetzt werde, habe niemand gefragt. Er vergleiche die Verwaltung mit einem Wirtschaftsunternehmen. Wichtig sei es, gute Mitarbeiter/innen zu halten und die jüngsten schlechten Erfahrungen nicht zu wiederholen.

Kreistagsabgeordnete Schulte, U., erwidert, im Ältestenrat sei über den Kämmerer sehr wohl gesprochen worden.

Kreistagsabgeordnete Ballenthin führt aus, er halte die gesamte Diskussion für überflüssig. Der Landrat entscheide im Rahmen seiner Organisationshoheit, welche/n Mitarbeiter/in er wie einsetze.

Kreistagsabgeordnete Lindenbahn wundert sich, warum dann der Punkt auf der Tagesordnung stehe. Sie fragt, ob eine kommissarische Bestellung rechtlich nicht möglich sei.

Kreisdirektor Werner Haßenkamp antwortet, seines Erachtens sei sie unzulässig. Die Kreisordnung NRW sehe eine kommissarische Bestellung nicht vor. Theoretisch wäre es möglich, ohne Beteiligung des Kreistags eine Person zu benennen, die den Kämmerer/ die Kämmerin vertritt. Diese Person wäre dann aber nicht zum Kämmerer/ zur Kämmerin bestellt, sondern übernehme nur seine/ ihre Aufgaben. Der hier gewählte Weg sei aber dem Kreistag gegenüber wesentlich transparenter.

Landrat Gerd Wiesmann lässt zunächst über den Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis90/DIE GRÜNEN, Herrn Kreisverwaltungsdirektor Wilfried Kersting ab 02.10.2009 **kommissarisch** zum Kreiskämmerer zu bestellen, abstimmen. Dies unbeschadet seiner Rechtsauffassung, dass ein solcher Beschluss rechtswidrig wäre:

Beschluss: 17 Ja-Stimmen
 38 Nein-Stimmen
 3 Enthaltungen

Damit ist der Antrag abgelehnt.

Landrat Gerd Wiesmann stellt sodann den Beschlussvorschlag der **Sitzungsvorlage Nr. 0217/2009** zur Abstimmung:

Beschluss: 38 Ja-Stimmen
 11 Nein-Stimmen
 9 Enthaltungen

Der Kreistag bestellt Kreisverwaltungsdirektor Wilfried Kersting ab 02.10.2009 zum Kreiskämmerer.

Punkt 4: Änderung des Gesellschaftsvertrages der Entsorgungsgesellschaft Westmünsterland mbH
Vorlage: 0218/2009

Berichtersteller/in: Kreisdirektor Werner Haßenkamp
Ltd. Kreisrechtsdirektor Dr. Hermann Paßlick

Kreistagsabgeordneter Schulte, M., erklärt, die CDU-Fraktion unterstütze den Beschlussvorschlag.

Auf Anmerkung des Kreistagsabgeordneten Steiner stellt Kreisdirektor Werner Haßenkamp klar, es gebe keinen echten Dissens. Vielmehr gehe es um Formulierungen.

Kreistagsabgeordneter Kisfeld beantragt für die UWG-Fraktion, den § 9 des Gesellschaftsvertrags dahingehend zu ändern, dass jeder Fraktion im Kreistag Borken bei der Zusammensetzung des Aufsichtsrats ein Grundmandat zukomme.

Kreisdirektor Werner Haßenkamp sagt, er habe kein Verständnis dafür, den Beschluss, den der Kreistag im Januar diesen Jahres gefasst und der mit der Bezirksregierung über Monate erörtert worden sei, nun grundlegend in Frage zu stellen.

Kreistagsabgeordneter Kisfeld teilt mit, er halte den Antrag aufrecht.

Landrat Gerd Wiesmann lässt also zunächst über diesen **mündlichen Antrag der UWG-Fraktion** abstimmen:

Beschluss: 25 Ja-Stimmen
33 Nein-Stimmen

Damit ist der Antrag abgelehnt.

Landrat Gerd Wiesmann stellt sodann den Beschlussvorschlag der **Sitzungsvorlage Nr. 0218/2009** zur Abstimmung:

Beschluss: 50 Ja-Stimmen
2 Nein-Stimmen
4 Enthaltungen

1. Dem mit der Bezirksregierung Münster abgestimmten Entwurf für einen Gesellschaftsvertrag der Entsorgungsgesellschaft Westmünsterland mbH (EGW) wird zugestimmt. Die Gesellschafterversammlung der EGW wird angewiesen, den Gesellschaftsvertrag in dieser Form zu beschließen.
2. Als Vertreter des Landrates in der Gesellschaftsversammlung wird Dr. Hermann Paßlick bestellt.

Punkt 5: Verbesserung der Breitbandversorgung im Kreis Borken
Vorlage: 0219/2009

Berichtersteller/in: Landrat Gerd Wiesmann

Frau Dr. Schwenzow stellt das Breitbandkonzept anhand einer Powerpoint-Präsentation, **siehe Anlage**, vor.

Auf Nachfrage der Kreistagsabgeordneten Tanjsek antwortet Frau Dr. Schwenzow, es sei grundsätzlich weiter möglich, eine Breitbandversorgung auch über Mobilfunk vorzunehmen.

Für die Datenzufuhr sei die Glasfaser dabei weiterhin nötig. Große Datenmengen seien für alle Funknetze problematisch.

Kreistagsabgeordnete Saatkamp teilt mit, die Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN begrüße das Konzept ausdrücklich. Es biete im ländlichen Kreis Borken immense Standortvorteile. Entscheidend sei die Zusage der Bürgermeister, das Projekt auch ihrerseits finanziell zu unterstützen. Sie fragt, wie teuer ein Anschluss für eine Privatperson oder ein kleines Unternehmen sein werde.

Frau Dr. Schwenzow gibt an, in Ballungsgebieten liege der Preis im privaten Bereich bei 20 EUR bis 50 EUR im Monat. Unternehmen zahlten für einen Anschluss je nach Kapazität zwischen 100 EUR und 1.000 EUR. Man erwarte und erhoffe eine deutliche Preissenkung.

Auf Nachfragen des Kreistagsabgeordneten Temminghoff, R., erläutert Frau Dr. Schwenzow alle kreisangehörigen Kommunen seien innerhalb ihres Ortsgebietes aktiv, der Kreis würde die „Überlandleitungen“ unterstützen. Dass ein Anschluss in den Niederlanden deutlich günstiger sei, sei nicht politisch begründet, sondern eine Folge der Wettbewerbssituation. Einen Parallelbau würde sie gerne ausschließen. Da die Telekom aber zu ihrem Netz keine offene Auskunft gebe, sei dies aber möglich.

Kreistagsabgeordneter Schöning befürchtet angesichts der dürftigen Nutzung der bereits verlegten 60 km ein geringes Interesse. Er halte es für sinnvoller, mit den Geldern aus dem Konjunkturpaket II die energetische Sanierung von Gebäuden voranzubringen. Hier gebe es eine echte Rendite.

Frau Dr. Schwenzow entgegnet, die Verbesserung der Breitbandversorgung sei kein Renditeprojekt, sondern eine Aufgabe der Daseinsvorsorge und der Wirtschaftsförderung. Die jetzigen Leerrohre seien nur zum Teil vermietet, weil es sich dabei größtenteils um Stücke im leeren Raum handele. Der Ansatz müsse daher nun sein, die Stücke zu einem Gesamtnetz zusammen zu fügen. Ein gewisses Risiko gebe es bei dem angebotsorientierten Ansatz immer.

Landrat Gerd Wiesmann weist auf den im Kreisausschuss geändert gefassten Beschlussvorschlag hin und lässt sodann über diesen abstimmen.

Beschluss: einstimmig bei 2 Enthaltungen

Der Kreistag begrüßt die kommunale Initiative zur Verbesserung der Breitbandversorgung im Kreis Borken und stimmt der Umsetzung des dargestellten Breitbandkonzepts zu.

Die Verwaltung wird beauftragt, gemeinsam mit der Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Kreis Borken mbH die weiteren Schritte des Breitbandkonzepts umzusetzen.

Für die Umsetzung des Breitbandkonzepts werden 3,17 Mio. Euro aus Mitteln des Konjunkturpakets II – Sonstige Infrastruktur als Auszahlung überplanmäßig bereitgestellt (siehe Sitzungsvorlage Nr.0202/2009).

Die Verwaltung gibt in der Kreistagssitzung am 21.01.2010 einen Zwischenbericht über die Umsetzung des Breitbandkonzepts. Sofern sich das Breitbandkonzept nicht oder nicht in vollem Umfang umsetzen lässt, werden alternative Verwendungsmöglichkeiten für die vorgesehenen Mittel des Konjunkturpakets II aufgezeigt.

Punkt 6: Maßnahmen nach dem Konjunkturprogramm II
Vorlage: 0202/2009

Berichterstatter/in: Ltd. Kreisbaudirektor Hubert Grothues

Beschluss: einstimmig

Der Kreistag stimmt der beigefügten Maßnahmenliste zur Verwendung der aus dem Konjunkturprogramm II zur Verfügung gestellten Mittel des Bundes und des Landes zu. Soweit für Maßnahmen, für die nicht schon durch KT-Beschluss vom 02.04.2009 überplanmäßige Mittel bereitgestellt wurden, im Haushaltsjahr 2009 noch Ausgaben anfallen, werden diese überplanmäßig bereit gestellt.

Punkt 7: Klimaschutzkonzept für den Kreis Borken
Vorlage: 0184/2009

Berichterstatter/in: Ltd. Kreisbaudirektor Hubert Grothues

Das Klimaschutzkonzept wird zur Kenntnis genommen. Es besteht Einvernehmen darüber, dass das Klimaschutzkonzept in den nächsten Sitzungen des Umweltausschusses und des Kreistages zur weiteren Beratung vorgelegt wird.

Punkt 8: Förderprogramm des BMBF "Lernen vor Ort", hier: Projektvorhaben LoGiK - Lernen ohne Grenzen im Kreis Borken
Vorlage: 0212/2009

Berichterstatter/in: Kreisdirektor Werner Haßenkamp

Auf Hinweise der Kreistagsabgeordneten Eisele und Schulte, U., sichert Landrat Gerd Wiesmann eine Evaluation des Projekts vor Ablauf der Förderungsfrist zu.

Er lässt sodann über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschluss: einstimmig

Der Kreistag begrüßt die erfolgreiche Bewerbung des Kreises Borken für das Bundesförderprogramm „Lernen vor Ort“ mit dem Projekt „LoGiK – Lernen ohne Grenzen im Kreis Borken“

Die erforderlichen, bundesfinanzierten fünf Projektstellen werden für die Dauer des Förderprogramms unabhängig vom Stellenplan zur Verfügung gestellt.

Punkt 9: Klärschlamm Entsorgung für die Stadt Stadtlohn
Vorlage: 0206/2009

Berichterstatter/in: Kreisdirektor Werner Haßenkamp
Ltd. Kreisrechtsdirektor Dr. Hermann Paßlick

Kreistagsabgeordneter Schöning nimmt an der Beratung und Beschlussfassung nicht teil.

Beschluss: einstimmig

Der Kreistag stimmt dem Abschluss der folgenden Verträge mit der Stadt Stadtlohn zu:

- Öffentlich-rechtliche Vereinbarung über die Delegation der Aufgabe der Entsorgung von Klärschlämmen
- Abstimmungsvereinbarung über die Entsorgung von Klärschlämmen

Punkt 10: Notärztliche Versorgung im Kreis Borken
Antrag der SPD-Fraktion vom 25.08.2009
Vorlage: 0199/2009

Berichtersteller/in: Fraktionsvorsitzende Ursula Schulte

Kreistagsabgeordneter Temminghoff, R., erklärt, über das Anliegen bestehe Konsens. Er sei verwundert, dass sein Vorschlag, die notärztliche Versorgung mit in das Leitbild für den Kreis Borken aufzunehmen, seinerzeit keine Unterstützung gefunden habe.

Kreistagsabgeordnete Schulte, U., antwortet, das Leitbild sei nicht der richtige Ort, um der Forderung nach einer adäquaten notärztlichen Versorgung Nachdruck zu verleihen. Sie übergibt Landrat Gerd Wiesmann gesammelte Unterschriften von Menschen, die die Resolution unterstützen.

Auf Nachfrage des Kreistagsabgeordneten Schöning verdeutlicht Kreisdirektor Werner Haßenkamp alle 10 Notarztpraxen seien von der KVWL genehmigt.

Landrat Gerd Wiesmann weist auf den im Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit am 16.09.2009 sowie im Kreisausschuss am 17.09.2009 geändert gefassten Beschlussvorschlag hin und lässt über diesen abstimmen.

Beschluss: einstimmig

Der Kreistag verabschiedet die nachfolgende Resolution:

1. Der Kreistag Borken fordert die Kassenärztliche Vereinigung Westfalen-Lippe (KVWL) auf, gemeinsam mit den Ärzten im Kreis Borken nach einer Lösung für den Notdienst zu suchen, der den Menschen in unserem Flächenkreis gerecht wird.
2. Der Kreistag Borken fordert die Vertreterversammlung der KVWL auf, für den Kreis Borken mindestens die vier bestehenden Notfallpraxen und Fahrdienste zu beschließen (Gronau, Ahaus, Borken Bocholt).
3. Der Kreistag Borken fordert von der KVWL, auf die landesweite Hotline, über die alle Anrufer weitergeleitet werden sollen, zu verzichten und nach anderen patientenfreundlicheren Lösungen zu suchen.

Punkt 11: Erdverkabelung im Kreis Borken
Antrag der SPD-Fraktion vom 21.09.2009
Vorlage: 0227/2009

Berichtersteller/in: Stv. Fraktionsvorsitzende Elisabeth Lindenhahn

Landrat Gerd Wiesmann erläutert, das Gespräch am 16.10.2009 mit der RWE, den Bürgermeisterinnen und ihm sei Thema in der Bürgermeisterkonferenz am 7.9.2009 gewesen. Dort sei der Wunsch geäußert worden, die Bürgerinitiative zu dem ersten Treffen nicht einzuladen. Es müsse dem Kreis Borken und den Bürgermeistern weiterhin möglich sein, ein Gespräch mit der RWE ohne die Bürgerinitiative zu führen. Der Bürgerinitiative bleibe dies ja

ebenfalls unbenommen. Er habe Frau Bishop von der Bürgerinitiative 380 kV hierüber in Kenntnis gesetzt und ihr zugesagt, sie im Anschluss an das Gespräch direkt zu informieren. Für den 19.10.2009 sei ein Gespräch mit der Bürgerinitiative vorgesehen. Hier soll auch darüber gesprochen werden, wie die künftige Einbindung der Bürgerinitiative entsprechend dem Beschluss im Kreistag am 25.06.2009 erfolgen könne.

Kreistagsabgeordnete Lindenhahn kritisiert, sie verstehe unter Einbindung eine Mitarbeit auf Augenhöhe und keine nachträgliche Unterrichtung. Eine aktive Mitarbeit sei politisch gewollt gewesen. Die Bürgerinitiative wolle sich informieren und nicht in erster Linie etwas verhindern. Natürlich dürften der Kreis Borken und die Bürgermeister alleine mit der RWE sprechen. Hier gehe es aber darum, Vertrauen zu gewinnen. So werde aber im Gegenteil Misstrauen bei der Bürgerinitiative geweckt.

Kreistagsabgeordneter Eisele fragt, ob die Bürgerinitiative mit der jetzigen Vorgehensweise einverstanden sei. Er frage sich, warum der Kreistagsbeschluss vom 25.06.2009 in dieser Weise ausgelegt werde.

Landrat Gerd Wiesmann erklärt, Frau Bishop sei hiermit sicherlich nicht einverstanden. Die Motivation für die Vorgehensweise sei, in einem ersten Gespräch unbefangenen Informationen einzuholen. Die Bürgermeister und er als Landrat würden schließlich die Verantwortung tragen.

Kreistagsabgeordnete Garvert hält den Beschluss für interpretationsfähig. Es handle sich um eine sehr konfliktbeladene Situation, die ein behutsames Vorgehen erforderlich mache. Daher sollte dem Wunsch der Bürgermeister und des Landrats nachgekommen werden.

Kreistagsabgeordnete Tanjsek bemerkt, es handle sich offenbar um eine reine Informationsveranstaltung. Umso weniger habe sie Verständnis für die Haltung, Frau Bishop als integere Person nicht hierzu einzuladen.

Landrat Gerd Wiesmann unterstreicht, er stelle Frau Bishop als integere Person nicht in Zweifel.

Kreistagsabgeordneter Steiner hält das Vorgehen für nicht nachvollziehbar, da zwischen der Bürgerinitiative und den Bürgermeistern sowie dem Landrat Interessenidentität bestehe.

Kreistagsabgeordneter Busen spricht sich dafür aus, wenigstens eine Person aus der Bürgerinitiative mit zu dem Gespräch zu nehmen. Die gesammelten 7.000 Unterschriften belegten ein breites Interesse der Öffentlichkeit, weshalb ein Vertrauensverhältnis besonders angestrebt werden sollte.

Landrat Gerd Wiesmann lässt sodann über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschluss: 26 Ja-Stimmen
 32 Nein-Stimmen

Damit ist der Antrag abgelehnt.

Punkt 12: Mitteilungen der Verwaltung

Punkt 12.1: REGIONALE 2016-Agentur GmbH

Landrat Gerd Wiesmann teilt mit, die REGIONALE 2016-Agentur GmbH sei heute im Kreishaus in Anwesenheit der neuen Geschäftsführerin Frau Schneider gegründet worden. Nach einer zweijährigen Vorbereitungsphase beginne nun die konkrete Umsetzung.

Punkt 12.2: Abschaffung der Jagdsteuer

Landrat Gerd Wiesmann weist darauf hin, dass die Verwaltung Herrn Minister Uhlenberg, sowie die Landtagsabgeordneten aus dem Kreis Borken über die vom Kreistag in seiner Sitzung am 25.06.2009 verabschiedete Resolution zur Abschaffung der Jagdsteuer informiert habe. Das Anschreiben und die Stellungnahmen von Herrn Minister Uhlenberg und Frau MdL Stefanie Wiegand seien heute ausgelegt worden.

Punkt 12.3: Planentwicklung für den Flughafen Twente und Umgebung

Landrat Gerd Wiesmann weist auf die Stellungnahme des Kreises Borken zu den Planungen für den Flughafen Twente hin, die heute allen Kreistagsabgeordneten als Tischvorlage zur Verfügung gestellt worden sei.

Punkt 12.4: Informationsveranstaltung zur "UN-Konvention - Rechte von Menschen mit Behinderungen"

Kreisdirektor Werner Haßenkamp teilt mit, die Informationsveranstaltung zur „UN-Konvention – Rechte von Menschen mit Behinderungen“ finde am Dienstag, 13.10.2009 um 17.00 Uhr im Kreishaus Borken statt. Referieren werde Dr. Reinald Eichholz, Mitglied der Koordinierungsgruppe der National Coalition (NC) für die Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention (UN-KRK) in Deutschland.

Punkt 12.5: Verstoß gegen die Verschwiegenheitspflicht; Strafanzeige gegen Unbekannt

Ltd. Kreisrechtsdirektor Dr. Hermann Paßlick berichtet, die Staatsanwaltschaft Münster beabsichtige das aufgrund der Strafanzeige, die wegen des Verstoßes der Verschwiegenheitspflicht im Zusammenhang mit der Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses am 08.06.09 gestellt worden war (vgl. die Niederschriften zu den Sitzungen des Kreis Ausschusses am 18.06.2009 und des Kreistags am 25.06.2009), einzustellen. Der verantwortliche Redakteur habe von seinem Zeugnisverweigerungsrecht Gebrauch gemacht. Weitere Ermittlungsansätze würden nicht gesehen.

Punkt 13: Anfragen

Ltd. Kreisrechtsdirektor Dr. Hermann Paßlick teilt auf die von der Kreistagsabgeordneten Schulte, U., im Kreis Ausschuss am 17.09.09 gestellte Anfrage mit, aufgrund eingetretener Mengenrückgänge, insbesondere bei den Gewerbeabfällen, sei die Behandlungskapazität der MBA nicht mehr voll ausgelastet. Die freien Kapazitäten würden jedoch für Bioabfall-Überhangmengen, die nicht im eigenen Kompostwerk verarbeitet werden könnten und

deshalb bisher in Fremdanlagen abgesteuert würden, genutzt werden sollen. Hierdurch sei eine Vollausslastung der MBA in den kommenden Jahren gewährleistet. Gebührenerhöhungen seien wohl nicht zu erwarten.

Rückschau auf die vergangene Wahlperiode

Landrat Gerd Wiesmann hält eine kurze Rückschau auf die Arbeit im Kreistag und seinen Gremien. Er betont, dass es viel zu beraten gegeben habe, dass dabei aber auch viel vorangebracht worden sei. Er denke dabei exemplarisch an den „Optionskreis Zusammenführung von Sozial- und Arbeitslosenhilfe“, an den Prozess „Brennpunkt Demographie“, an den Ideenwettbewerb „Leben im Alter neu denken – Kreis Borken bewegt“, an die Skulptur-Biennale 2005, an die Einführung des NKF, an die Gründung des Netzwerks Westmünsterland e. V., an die Bildungsstudie, an das „Bündnis für Familie Kreis Borken“, an die Umsetzung des Kinderbildungsgesetzes, an die erfolgreiche Bewerbung um die REGIONALE 2016, an die ersten Aktivitäten zur Breitband-Initiative, an die EGW-Problematik, an den „Pakt für den Sport“ oder an den neuen Studienort der FH Gelsenkirchen in Ahaus. Er bedanke sich bei den 24 Kolleginnen und Kollegen, die nun mit ihm aus dem Kreistag ausscheiden würden, aber auch natürlich bei denen, die ihm wieder angehören werden für ihre ehrenamtliche Arbeit zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger. Trotz mancher schwierigen Situation, trotz mancher naturgemäß gegensätzlichen Position sei in den Gremien des Kreistags immer fair zusammengearbeitet und respektvoll miteinander umgegangen worden.

Ende des öffentlichen Teils